

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gespaltene Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkassenkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8890.

Nr. 140

Freitag, den 18. Juni 1920

11. Jahrgang

## Reichskabinett Fehrenbach wahrscheinlich.

### Die deutsche Kabinetts-Krise

Es ist auch nicht durch das schon ganz sicher scheinende Reichsministerium Dr. Wanger-Kaufmann beseitigt worden. Dieser hat die Berufung gegen den Reichspräsidenten damit abgelehnt, daß die Wichtigkeit seiner Pariser Aufgaben ihn dort unentbehrlich mache. Auch hat die vom Zentrum abgepflichtete Bayerische Volkspartei, der Dr. Wanger angehört, seiner Kanzlerschaft widersprochen. Staatssekretär Dr. Trimborn hat dann neue Verhandlungen zwecks Schaffung eines Kabinetts Fehrenbach aufgenommen. Zunächst bemühte er sich wieder, die alte Koalitionsregierung neu aufzurichten. Die Sozialdemokratie lehnte jedoch endgültig ab. Somit bleibt nur noch ein Ministerium der Mitte, bestehend aus Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei übrig. Als Reichskanzler kommt dann nur Fehrenbach, der allgemein geachtete süddeutsche Zentrums-Demokrat und Präsident der Deutschen Nationalversammlung in Frage.

### Polens innere Spannungen.

Die Meldung der Warschauer Zeitung „Przeglad Wieczorny“ von der Aufdeckung umfassender bolschewistischer Organisationen in Warschau wird der „D. Z.“ bestätigt. Es handelt sich um eine bolschewistische Propaganda-Zentrale, die anscheinend mit der jüngst in Krakau aufgedeckten Organisation in Verbindung gestanden hat. Man fand in Warschau große Mengen Agitationsliteratur, Flugblätter und Aufrufe an Arbeiter und Soldaten, falsche Banketts und Stempel polnischer Zentralbehörden, gefälschte Pässe, Passierscheine usw. Das ganze Material scheint russischen Ursprungs und durch die Front nach Warschau geschmuggelt zu sein. Es war beabsichtigt, zunächst ausgebreitete Streiks in verschiedenen Arbeitergruppen und anschließend daran Unruhen in Soldatenkreisen hervorzurufen.

Ein neues, großangelegtes Blatt Paderewskis „Rzeczpospolita“, dessen erste Nummer soeben erschienen ist, will erfahren haben, daß infolge des noch immer fortdauernden Zustandes der Warschauer städtischen Arbeiter die Militärbehörden die Militarisierung der Warschauer Elektrizitäts- und Gaswerke und der Wasserleitung planen. Außerdem verlangen die Militärbehörden für Warschau die Erklärung des Ausnahmezustandes für zunächst drei Monate und Proklamierung einer Militärdiktatur. Die Verantwortung für diese Warnmeldung muß Paderewskis reaktionärem Blatte überlassen bleiben, das aus Parteigründen wohl Veranlassung haben mag, die Verhältnisse düsterer zu schildern, als sie vielleicht wirklich sind, um die Bildung einer liberal-sozialistischen Regierung zu hintertreiben. Gerüchte einer Militärdiktatur zirkulieren allerdings in der Stadt und man will bereits den kommenden Militärdiktator wissen: den jenen sowohl militärisch, als verwaltungstechnisch sehr tüchtigen Vizepräsidenten General Sochnowski.

Der Zustand der städtischen Arbeiter hat inzwischen eine Verschärfung erfahren. Das Zentralkomitee der Warschauer Berufs-Organisation beschloß soeben, morgen den Generalstreik zu proklamieren, falls im Laufe des heutigen Tages keine Verständigung zwischen Magistrat und städtischen Arbeitern erfolgen sollte.

„Kurjer Polski“ will erfahren haben, daß Stulski wenig Hoffnung auf Bildung eines Kabinetts unter seinem Präsidium habe. Aus mitteilparteilichen Reichstagsreden wird dem Berichterstatter der „D. Z.“ gegenüber dies in Abrede gestellt. Man erwartet dort das Zustandekommen eines zweiten Stulski-Kabinetts noch im Laufe des 18. Juni.

### Ein Ruffel für Braunschweig.

Die Unabhängigen sind in der schwierigsten Lage. Im Reich lehnen sie „grundständig“ und zielbewußt jede Mitarbeit an der Regierungsbildung ab, schwächen so den sozialistischen Einfluß und sehnen eine Regierung der starken Hand herbei, da das „geschichtlich betrachtet“ eine Schwächung der Reaktion bedeute!

In Braunschweig hingegen hat bisher, wie wir im Leitartikel am Mittwoch darlegten, die schärfste Nummer der Unabhängigen geherrscht und der frühere Anarchist Sepp Dertter ist ihr dortiger Prophet. Die Landtagswahlen in Braunschweig haben nun die Unabhängigen zwar so stark gemacht, daß sie mit den alten Sozialdemokraten zusammen eine Mehrheit haben, aber ohne sie auch nicht regieren können. Deshalb haben sie seit Wochen mit unseren Genossen verhandelt und sich bitter darüber beklagt, daß diese nicht mit beiden Füßen in eine Koalitions-Allianz mit ihnen springen wollten. Selbst das Angebot unserer Genossen, daß die Unabhängigen allein die Regierung bilden und durch uns wohlwollende Neutralität erfahren sollten, grüßte ihnen nicht.

Um die Sozialdemokraten für die Mitwirkung an ihrer Regierung zu gewinnen, fanden sie sich schließlich zu Suge-

ständnissen bereit, die wir veröffentlicht haben, und die auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Ablehnung des Leipziger Aktionsprogramms der Partei. Sie erklären es für selbstverständlich, daß die „Räterepublik“ nur durch den Mehrheitswillen des Volkes eingeführt werden könne, daß jede Parteifraktion von ihnen abgelehnt werde und erklären sich schließlich sogar bereit, im Verkehr mit Sozialdemokraten Recht, Wahrheit und Sitte gelten zu lassen!

Dieses Zugeständnis trägt ihnen nun einen entrüsteten Ruffel von der Berliner Zentrale ein. In der „Freiheit“ hat Wilhelm Dittmann schon dieser Tage gelehrt und geistreich auseinandergesetzt, daß man in den einzelnen Landtagen Koalitionen eingehen könne, im Reich müßte sie jedoch verpönt bleiben. Jetzt wird — ganz im Widerspruch zu Dittmann — den Braunschweigern zum Vorwurf gemacht, daß sie die Koalition mit den „Rechtssozialisten“ eingegangen sind, insbesondere aber, daß sie sich auf die Innehaltung des Erfurter Programms verpflichten und sich überhaupt zu Zugeständnissen an unsere Genossen bereit erklärt haben. „Wir beteiligen uns“, so heißt es weiter, „an einer sozialistischen Regierung, wenn dadurch eine Machterweiterung für das Proletariat möglich ist, und um die Grundzüge unseres Parteiprogramms in dem möglichst großen Umfange, den die jeweilige politische Situation zuläßt, zu verwirklichen, nicht aber, um über unsern grundsätzlichen Standpunkt zu verhandeln.“

Das letztere ist zweifellos eine Selbstverständlichkeit und trifft nicht nur für die Unabhängigen zu. Wollen also zwei verschiedene Parteien gemeinsam eine Regierung bilden, so müssen sie wohl oder übel verhandeln, ohne ihren grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben. Auch wir Sozialdemokraten erstreben durch die Teilnahme an der Regierung lediglich eine Machterweiterung für das Proletariat, allerdings nicht nur in Braunschweig, sondern überall, und hatten vor allen Dingen dieses Ziel im Auge, als wir die Beteiligung der Unabhängigen an der Reichsregierung verlangten. Da aber ließ der „Machtwille“ der Unabhängigen ihre proletarischen Anhänger im Stich und sie zogen sich wieder in das bequeme Bett der Opposition zurück.

Weil ihre Braunschweiger Genossen vernünftiger waren, deshalb erhalten sie ihren Ruffel. Sie mögen sich trösten, denn sie tragen diesen Schmerz gemeinsam mit Karl Rautsky, der sich von der „Freiheit“ beschmeimen lassen muß, daß ihm die genügende Schulung fehlt“.

### Das Kabinett Giolitti bestätigt.

Rom, 16. Juni. (I. U.) Das Kabinett Giolitti hat sich endlich konstituiert und heute vor dem König den Eid geleistet. Die neue Ministerliste deckt sich im wesentlichen mit der bereits gestern gemeldeten. Das neue Kabinett umfaßt außer Giolitti drei Radikale, drei liberale Demokraten, einen Liberalen, zwei Katholiken, einen Reformsozialisten, einen unabhängigen Sozialisten und drei parteilose Senatoren. Der bekannte Philosoph Benedetto Croce-Neapel ist zum Unterrichtsminister ernannt worden. Damit ist das Kabinett endgültig zusammengestellt.

### Die Volksabrechnung in Mecklenburg.

#### Das endgültige Abstimmungs-Resultat.

Schwerin, 16. Juni. (Eigener Bericht des „Vormärts“.) Die Niederlage der Unabhängigen in Mecklenburg stellt sich nach dem Endergebnis der letzten Wahlen als noch größer heraus, als ursprünglich angenommen wurde.

Die Sozialdemokraten gewannen gegenüber der Reichstagswahl 8650 Stimmen, die Unabhängigen verloren 11 395 Stimmen, die Kommunisten verlieren 1490 Stimmen.

Insgesamt wurden abgegeben: Deutschnationale 71 841, Deutsche Volkspartei 48 717, Wirtschaftliche Vereinigung 24 188, Demokraten 22 203, Sozialdemokraten 128 473, U. S. P. 24 567, Kommunisten 1173 Stimmen. Die Mandatsverteilung ist folgende: Deutschnationale 14, Volkspartei 10, Wirtschaftliche Vereinigung 5, Demokraten 4, Sozialdemokraten 26, U. S. P. 5 Mandate. Die Wahlbeteiligung beträgt 80 Prozent.

### Das Waffenlager eines unabhängigen Stadtverordneten.

Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Remscheid, daß ein englisches Truppenkommando in Wermalskirchen in der Wohnung des unabhängigen Stadtverordneten Hackländer ein Waffenlager von etwa 200 Infanteriegewehren und zahlreichen Maschinengewehren fand. Die englischen Truppen beschlagnahmten die Waffen und verhafteten Hackländer.

### Was nun?

Von Karl Rautsky

Wir entnehmen die folgenden Ausführungen des unabhängigen Führers der Wiener „Arbeiter-Zeitung“. Sie zeigen mit fast grausamer Deutlichkeit, woran die Einigung scheitern muß, weil das Maß von Mut, mit dem Anwärter den Arbeitern auch unangenehme Wahrheiten zu sagen wagt, von den Agitatoren der U. S. P. nicht erreicht wird. Gemeinsamkeit der Aktion fordert ein gemeinsames Verantwortungsgefühl, das eben den Unabhängigen leider fehlt! Red. der „Volksstimme“.

Die Wahlen in Deutschland sind vollzogen. Sie haben ungefähr das gebracht, was sie versprochen: Stärkung der Deutschnationalen, der Nationalliberalen und der Unabhängigen, Rückgang der Mehrheitssozialisten und der Demokraten. Diese Verschiebung ging jedoch nicht in dem Maße vor sich, in dem es viele erwarteten. Gar mancher träumte von der Vernichtung der Mehrheitssozialisten, so daß die Unabhängigen als die einzige ernsthafte Arbeiterpartei dastünden und die Einheit des Proletariats mit ihrem Steg hergestellt wäre. Dazu ist es nicht gekommen. Die Mehrheitssozialisten haben arg verloren, sind jedoch immer noch stärker als die Unabhängigen. Und nach verschiedenen anderen Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Ebbe ihres Rückganges bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsamen Aufstieges.

Auf jeden Fall ist die Idee ab absurdam geführt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrheitler führen. Wir stehen nur noch vor der Alternative: entweder Zerstückelung und damit Schwächung des deutschen Proletariats ins Unabsehbare oder Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den bisher feindlichen Brüdern. Wer diese Arbeitsgemeinschaft hindert, übernimmt eine furchtbare Verantwortung gegenüber der Sache des Proletariats.

Wie wird sich aber unter diesen Umständen die nächste Regierungsbildung gestalten? Drei Möglichkeiten tauchen auf: die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich drittens die Uebergabe der Regierung an einen bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten begegnet der größten Schwierigkeiten. Aber die einer reinen Arbeiterregierung wären kaum größer als die der beiden anderen Alternativen.

Wohl verfügen die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich vereinigen, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Uebernahme der Regierung durch eine Minderheit scheint den Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nur scheinbar. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Minderheit mit Gewalt dem offenkundigen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei ein Ministerium bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber alle Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als nach den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andere zu sprengen vermag. Und das System Moske ist überwunden. Da brauchen die inneren Widerstände gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereint würden aber die Sozialisten die weitaus stärkste unter den Parteien bilden. Machen sie sich in der Regierung zum Sprachrohr des Gebotes der Stunde, schiden sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie rasch allgemeines Vertrauen. Dann wagen die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter im Reichstag nicht, gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit bester Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Voraussetzung ist freilich, daß, wie schon hergeleitet, die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebot der Stunde entspricht. Welches ist das Gebot? — Wir müssen uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der furchtbare Krieg mit den wahnwitzigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozess aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringende Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Dazu kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei üblicher kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Beseitigung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstodung und den Mangel an Produkten. Das

### Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte, wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen, und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionszweigen bei denen sie heute schon nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion ist.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch innerhalb kapitalistischer Produktion und so macht sie eine kapitalistische Produktion aus der sie die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtheit gelegen ist.

Die Befreiung des Schwerkettens, die man ihr vorweist, kann allerdings nur durch eine Verbringung der Produktion erfolgreich unternommen werden. Das Schwerkettens ist ein Ergebnis des Mangels an Produktion, es tritt überall auf, wo ein Mann arbeitet. Die französische Schwerkettensbewegung von 1793 wurde von der höflichen Terror verhalten betrachtet, als ein Ende zu machen. Ihre Ursprünge sind in den Maßnahmen zu sehen, welche die Betriebeleitenden in der ersten, Transportieren etc. und erhöhen dadurch die Kosten der Produktion. In dem Maße in dem die Produktion wächst, desto mehr Arbeiter werden benötigt, desto mehr Arbeiter, desto mehr Arbeit, desto mehr Produktion, desto mehr Arbeiter, desto mehr Produktion, desto mehr Arbeiter...

Ebenso muß eine Sozialisierung der Wälder und der Fischereien zuerst ihre Rechtfertigung suchen.

Für ein Nationalprogramm dieser Art wäre eine Mehrheit in der Bevölkerung mehr zu gewinnen, wenn eine einzige Grundmaxime dahinter stünde: „Wir erst zu dieser Einheit gelangen“. Das Programm der Grunde dieser Frage hat jeder der Größe nach nicht ergründet.

Soll man die alte Reaktion erzwungen werden? Aber deren Kräfte war ihre innere und äußere Schwäche. Der Kampf durch das Wohlgeheiß im höchsten Grade verkehrt werden. Eine Koalitionsregierung kann unter Umständen gewissermaßen aber der Eintritt der Mehrheitsreaktion ein in diese Reaktion wäre paläolithischer Selbstmord.

So bleibt nur die dritte Alternative übrig, die einer rein linken revolutionären revolutionären Regierung. Andere unabhängigen Freunde scheinen die Auslieferung des gesamten Staatsapparates an die ärgsten Feinde des Proletariats mit großer Gemütsruhe zu erwarten. Schrecken sie nicht die Sparten Ungarns? Proteste gegen den weißen Terror sind eine sehr schöne Sache. Proteste beweisen aber stets nur die eigene Ohnmacht. Angezeigt ist es, dem Gegner eine Machtposition nicht auszuliefern, als ihn aufzufordern, sie zu begeben, und sich dann zu entschlüßeln, daß er sie schonungslos ausnimmt.

Und ebenso leer wie Proteste sind Retriminationen darüber, daß die Mehrheitsreaktion an dem Erstarken der Reaktion Schuld haben. Auch wenn das richtig wäre, was hier nicht weiter untersucht sei, sind die vergangenen Fehler anderer noch kein Freibrief für die eigenen, die man zu begehen sich anstellt.

Wenn trästet man sich leicht damit, daß man sagt: Sobald die rein bürgerliche reaktionäre Regierung da ist, wird sie über das Proletariat in einer Weise mißhandeln, daß es sich gegen sie zusammenschließt und so endlich die Einheitsfront erringt.

Wenn Jemand die Einheitsfront eine große Gewinn, und wenn es nicht anders geht, wird sie in dieser Weise erzwungen werden müssen. Aber die politische Rolle der für die Lösung machenden proletarischen Schichten Deutschlands scheint dabei nicht im geringsten verändert zu sein. Denn das sagt doch nichts anderes, als daß die Einigung notwendig ist, daß man sich aber weigert, das Vernünftige und Notwendige früher ins Werk zu setzen, als man von den Gegnern dazu gezwungen wird.

Zweckmäßiger wäre es wohl, sich vorher zu einigen, um die Macht zu gewinnen, als den Gegnern zur Macht zu verhelfen, hindert man sich zu einigen vermöge. Es ist immer ein Zeichen der Notwendigkeit, wenn man das Notwendige nicht rechtzeitig genug erkennt, um es freiwillig tun zu können, sondern wartet, bis man durch äußere Momente dazu gezwungen wird. Der Endzweck ist das gleiche, aber wie groß ist die unabgesehenen Opfer, die dabei weite Weg erfordern!

Man sieht, daß die reaktionäre Proletariat sich behaupten, trotz allem. Aber man muß beachten, daß das Bedenken unüberwindlich groß ist, daß das von ihm und dem ganzen deutschen Volk noch zu bewachen sein wird, ehe es zum bewahren der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung gelangt, der ihm der nötige Einsicht und Ehrlichkeit jetzt schon zugänglich wäre.

## Was wird werden?

Wenn Walter Rathenau aus dem Bode nimmt, gibt es immer zwei Möglichkeiten. Die eine ist dermal nachliegende Aulage-Gewinnung „Was wird werden?“ beginnt gleich mit einem Satz, der die Aufmerksamkeit des Lesers sofort auf sich zieht. Der Autor hat sich nicht nur über den Inhalt der Rathenau'schen Rede, sondern auch über die Forderungen Rathenau's auseinandergesetzt. Rathenau's Rede ist im dem „Volkswort“ veröffentlicht. Aber was er knapp zusammengefaßt hat, enthält die wesentlichen Punkte in der Erklärung über den II. Weltkrieg des Deutschen Reichs. Rathenau's Rede ist im dem „Volkswort“ veröffentlicht. Aber was er knapp zusammengefaßt hat, enthält die wesentlichen Punkte in der Erklärung über den II. Weltkrieg des Deutschen Reichs. Rathenau's Rede ist im dem „Volkswort“ veröffentlicht. Aber was er knapp zusammengefaßt hat, enthält die wesentlichen Punkte in der Erklärung über den II. Weltkrieg des Deutschen Reichs.

### Schuldlosigkeit dieser Forderung vor. Nur in einem Punkte aber widersprach Eudendorff entschieden: eben in der U-Bootfrage.

Warum? Es ist kein „inneres Gefühl“, daß der II. Weltkrieg das rechte Mittel sei. Dieses innere Gefühl ist auch für seine Kriegshandlungen entscheidend, er müsse sich danach richten. Worauf Rathenau: Wäre der U-Bootkrieg eine strategische Maßnahme, so hätte allerdings das Feldherrn-Gefühl zu entscheiden, aber dies jetzt nicht für eine Frage der Wirtschaft und Technik (und das war freilich richtig, denn die Aufgaben einer Schlacht beruhen auf vielen Umständen, die nicht zu berechnen, sondern nur zu fühlen sind, wie etwa: Mut und Ausdauer der Truppen, momentane Tüchtigkeit der Unterführer, Wetter, Austausch neuer Kriegswaffen, Transportmittel etc. etc. etc.). Worauf Rathenau: Wäre der U-Bootkrieg eine strategische Maßnahme, so hätte allerdings das Feldherrn-Gefühl zu entscheiden, aber dies jetzt nicht für eine Frage der Wirtschaft und Technik (und das war freilich richtig, denn die Aufgaben einer Schlacht beruhen auf vielen Umständen, die nicht zu berechnen, sondern nur zu fühlen sind, wie etwa: Mut und Ausdauer der Truppen, momentane Tüchtigkeit der Unterführer, Wetter, Austausch neuer Kriegswaffen, Transportmittel etc. etc. etc.). Worauf Rathenau: Wäre der U-Bootkrieg eine strategische Maßnahme, so hätte allerdings das Feldherrn-Gefühl zu entscheiden, aber dies jetzt nicht für eine Frage der Wirtschaft und Technik (und das war freilich richtig, denn die Aufgaben einer Schlacht beruhen auf vielen Umständen, die nicht zu berechnen, sondern nur zu fühlen sind, wie etwa: Mut und Ausdauer der Truppen, momentane Tüchtigkeit der Unterführer, Wetter, Austausch neuer Kriegswaffen, Transportmittel etc. etc. etc.). Worauf Rathenau: Wäre der U-Bootkrieg eine strategische Maßnahme, so hätte allerdings das Feldherrn-Gefühl zu entscheiden, aber dies jetzt nicht für eine Frage der Wirtschaft und Technik (und das war freilich richtig, denn die Aufgaben einer Schlacht beruhen auf vielen Umständen, die nicht zu berechnen, sondern nur zu fühlen sind, wie etwa: Mut und Ausdauer der Truppen, momentane Tüchtigkeit der Unterführer, Wetter, Austausch neuer Kriegswaffen, Transportmittel etc. etc. etc.). Worauf Rathenau: Wäre der U-Bootkrieg eine strategische Maßnahme, so hätte allerdings das Feldherrn-Gefühl zu entscheiden, aber dies jetzt nicht für eine Frage der Wirtschaft und Technik (und das war freilich richtig, denn die Aufgaben einer Schlacht beruhen auf vielen Umständen, die nicht zu berechnen, sondern nur zu fühlen sind, wie etwa: Mut und Ausdauer der Truppen, momentane Tüchtigkeit der Unterführer, Wetter, Austausch neuer Kriegswaffen, Transportmittel etc. etc. etc.).

## Deutschland.

### Zum Tode des deutschen Konsuls in Tiflis.

Entgegen der Renter-Meldung, daß der deutsche Konsul in Tiflis, Wustrow, sich das Leben genommen habe, teilen Berliner Abendblätter mit, daß der Konsul bei der Belagerung des Konsulats durch eine von außen abgefeuerte Flintenkugel tödlich getroffen worden ist. Die Deutsche Allgemeine Zeitung, erfährt hierzu vom zuständigen Stelle: Konsul Wustrow, einer der tätigsten Beamten des Auswärtigen Amtes, hatte in Tiflis auf einem Boden, wo sich persische Nationalisten und Regierungsanhänger, Türken, Armenier, Bolschewisten und Engländer bekämpften, seit dem Jahre 1918 amtiert. Obgleich ihm vom Auswärtigen Amt die Ernennung erteilt worden war, mit Rücksicht auf die gefährlichen Verhältnisse beimzukehren, zog er es aus persönlichen Gründen vor, auf seinem Posten zu bleiben. Als ihm aber die Umstände in Konflikt mit den persischen Behörden brachten, hielt es das Auswärtige Amt für ratsam, Herrn Wustrow abzulösen und einen Nachfolger zu entsenden. Letzterer ist bereits vor mehreren Wochen nach Tiflis abgereist. Er beand sich nach den letzten vor vierzehn Tagen erhaltenen Nachrichten in Tiflis. Er mußte, wenn der Konsulweg frei ist, bereits in Tiflis eingetroffen sein. Die Umstände, unter denen der Tod des Herrn Wustrow erfolgte, schilderte der im Konsulate tätige deutsche Arzt in telegraphischer Meldung folgendermaßen:

„Seit mehr als einer Woche wurde das Konsulat von der Turkei besetzt, weil die Polizei dort politisch verdächtige Personen vermutete die sie verhaften wollte. Man durchsuchte heimlich beim Konsulat ein- und ausgehende Personen. Konsul Wustrow protestierte hiergegen am 2. Juni und verlangte, daß der Belagerungszustand bis 6 Uhr abends aufgehoben würde. Da der Protest erfolglos blieb, teilte Konsul Wustrow am 3. Juni der Polizei mit, daß von mittags ab auf jeden Konsulanten geschossen würde. Dies wurde auch ausgeführt. Darauf erhielt Konsul Wustrow am 12.30 nachmittags auf dem Dach des Konsulats einen tödlichen Schuß, der von einem der auf allen Dächern in der Nachbarschaft befindlichen Polizisten oder bewaffneten persischen Demonstranten kam. In Tiflis versucht man jetzt, den Tod des Konsuls auf einen Unfall oder Selbstmord zurückzuführen.“

Da diese Nachrichten nicht genügen, um ein klares Bild der Vorgänge zu gewinnen, ist der deutsche Geschäftsträger in Tiflis angewiesen worden, weitere Ermittlungen anzustellen. Die Feststellung des Landes amtes wird aber dadurch erschwert, daß Tiflis und Umgebung nicht nur vom Vorwärtlich türkischer und persischer Streitkräfte bedrängt sind, sondern gleichzeitig von inneren Unruhen heimgegriffen werden.

### Bankrott der Bremer Unabhängigen.

Die Bremer Bürgerchaft besteht nach den Revisionszahlen aus 20 Sozialdemokraten und 39 Unabhängigen, 5 Kommunisten und 14 Bürgerlichen. Obwohl also eine sozialistische Mehrheit vorhanden ist und die Unabhängigen die stärkste Fraktion sind, lehnt der unabhängige Führer heute in einem Artikel im Bremer unabhängigen Blatt die Übernahme der Macht für Bremen ab, weil eine rein sozialistische Regierung zu leicht geführt werden könnte. Er sagt wörtlich: „Wenn aber schon so leicht die eine oder die andere Regierung geführt werden könnte, dann ist es doch nur in der Debatte, nur gehören nicht zu den Gefährten, sondern zu den Umstürzern.“ Die Unabhängigen sind nach dem Leipziger Parteitag beizubehalten für die Diktatur des Proletariats, auch wenn es sich

in der Minderheit befindet. Wir Sozialdemokraten sind immer im Sinne Engels dafür ein getreten, daß das Proletariat darnach streben muß, durch politische Aufklärung die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung hinter sich zu bekommen, um dann, gestützt auf demokratische Mehrheitsbeschluß, die Interessen des Proletariats wahrzunehmen. Nun haben die Wahlen zur Bremer Bürgerchaft die absolute Mehrheit der sozialistischen Parteien ergeben. Nun, da die Unabhängigen zeigen können, daß es ihnen ernst ist mit der Wahrnehmung der Interessen des Proletariats, lehnt der unabhängigen Führer heute die „Diktatur des Proletariats“ ab. Die Unabhängigen fallen sich damit ihr eigenes Urteil. Nur opponieren, nur umfüttern, aber um Gotteswillen nicht aufbauen. Lieber eine Diktatur der Bremer Pfeffersäcke als selbst praktisch an einer Verbesserung der Lage der Bremer Arbeiterchaft mitarbeiten. Und sie hätten doch in Bremen die Möglichkeit gehabt, alles nach ihrem Willen zu dirigieren. Hier zeigt es sich wieder, wie hoch die Pflicht vom der unabhängigen „Diktatur“ und wie groß die Unfähigkeit gewisser Leute des aufgerissenen Mundes ist.

### Kammern für Heer und Marine.

Der Reichswehrminister hat unterm 3. Juni eine Verordnung über die Einrichtung einer vorläufigen Heeres- und einer vorläufigen Marinekammer erlassen, die jetzt im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird. Ihre wichtigsten Bestimmungen lauten: Als beratende und beratende Körperschaft sind eine vorläufige Heeres- und Marinekammer zu bilden. Ersterer wird dem Chef der Heeresleitung, letzterer dem Chef der Admiralität unterstellt. Bei wichtigen Lebensfragen der gesamten Wehrmacht kann der Reichswehrminister zu gemeinsamer beratender Tätigkeit beide vereinen. Die Tätigkeit der beiden Kammern erstreckt sich auf a) die Mitwirkung bei der Beratung von Gesetzesvorlagen, die sich auf die Wehrmacht beziehen, b) auf die Begutachtung von Wünschen und Anregungen der Wehrmacht grundsätzlicher Art. Die Mitglieder der Kammern sind in geheimer Wahl zu wählen. Die Mitgliederliste gilt bis zur Wahl der endgültigen Kammern. Die Heereskammer besteht aus 14 Offizieren, 13 Unteroffizieren und 29 Mannschaften der verschiedenen Waffengattungen aus allen Wehrkreisen. Ferner sind noch die Ärzte, Veterinäre, Zeugoffiziere und Beamte der Wehrmacht mit 9 Personen vertreten, sodas die Kammer insgesamt aus 69 Köpfen besteht.

In ähnlicher Weise ist die Marinekammer ausgebaut. Die Heereskammer berät in einem Hauptausschuss und sechs Sonderausschüssen, die Marinekammer in einem Hauptausschuss und fünf Sonderausschüssen. Die Wahl der Offiziere erfolgt direkt, die der Unteroffiziere und Mannschaften unter Benützung der vorhandenen Organisationen durch die Vertrauensleute. Die Einberufung der Ausschüsse erfolgt in der Regel zu längstens dreitägiger Beratung nach Berlin. Ueber jeden Beratungsgegenstand ist grundsätzlich ein Beschluß zu fassen.

## Ausland.

### Moskau gegen die Unabhängigen.

Karl Kautsky's Apostelbrief. Die Moskauer dritte Internationale hat bekanntlich den Unabhängigen für ihre Aufnahme in die heilige Gemeinschaft der Bolschewisten etwas harte Bedingungen gestellt, wovon der Hinauswurf der in Moskau nicht genehmigen Persönlichkeiten aus der U. S. P. die un bequemste war. Die unabhängige Berliner „Freiheit“ hat es in ihrer großen Verlegenheit unterlassen, den Brief der Moskauer Exekutive, der jene Bedingungen enthielt, abdruckten und war trotz allen Hohes der sozialistischen „Roten Fahne“ bis heute nicht dazu zu bewegen, es zu tun.

Man veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen neuen Brief des Exekutivkomitees, unterzeichnet von Karl Kautsky, der wieder die deutsche Ablicht vertritt, die Rebellion im Lager der U. S. P. gegen die Parteileitung zu entschärfen. In dem Brief wird zunächst bebauert, daß die unabhängige Parteileitung das Schreiben vom 5. Februar unbeantwortet gelassen hat, und dann heißt es weiter:

„Nur noch als diese Unterlassung bebauert die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Tatsache, daß der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie es für möglich gehalten hat, unser Schreiben an ihn den Mitgliedschaften vorzuenthalten. Das Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur Kommunistischen Internationale ist Sache nicht nur des Parteivorstandes, sondern der Million deutscher Arbeiter, die hinter den Rücken des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie Unabhängigen Sozialdemokraten stehen, und auf deren energisches genötigt war, in Beziehungen zu uns zu treten. Ueber das wirkliche Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur Dritten Internationale entscheidet nicht das halbe Dutzend Männer und Frauen, die im Parteivorstand der U. S. P. sitzen, sondern die Millionen unabhängiger Arbeiter entscheidet durch ihre Listen, ob sie zur Kommunistischen Internationale gehören oder nicht.“

Wir sind überzeugt, daß es genügt, den unabhängigen Arbeitern den Sinn ihres eigenen Kampfes zum Bewußtsein zu bringen, damit sie sich bemühen für die kommunistische Internationale entscheiden.

Die Verheimlichung unseres Schreibens bedeutet also objektiv nichts anderes, als den Versuch der Hinführung der Massen in der Sache ihres Verhältnisses zur kommunistischen Internationale. Jede Entschuldigung dieser Sabotage des Beschlusses des Leipziger Kongresses der Unabhängigen durch den Parteivorstand, der sich bisher zur Ausführung des Parteitagbeschlusses nur zur Abwendung eines einzigen Artikel aufgeschlungen hat, mit anderen Schwierigkeiten, mit dem Kapp-Putsch und den Wahlvorbereitungen, wird zunichte gemacht durch die einfache Tatsache, daß für die Arbeiterklasse die Frage des internationalen Zusammenchlusses eine Lebensfrage ist. Ganz abgesehen davon hat die Veröffentlichung unseres Schreibens durch unser Westeuropäisches Sekretariat bewiesen, daß die Möglichkeit der Veröffentlichung vorhanden ist.“

Zum Schluß wird der Parteivorstand der U. S. P. zur Kürzfrem Len gebietet, weil er bisher keine Vertretung nach Moskau geschickt hat.

Die „Freiheit“ hat bekanntlich die Zuschriften des Internationalen Bureau in Brüssel genau so verheimlicht wie die des Exekutivkomitees in Moskau, das internationale Bureau hat darum ebenso keine Zuschrift zum „Vorwärts“ nehmen müssen, wie das Exekutivkomitee zur „Rote Fahne“.

Der Gegenstand bringt jedoch in die Augen, während man in Brüssel meißelt, ist die Sozialisten ohne Unterschied der Richtungen zusammenzubringen zeigt Moskau in seiner Unbulksamkeit das Behreben, auch nach die U. S. P. zu sprengen. Schadenlos bewerkstelligt die „Rote Fahne“, man haben Gruppen und Deputierten des Wort!.

Danziger Volkstag.

1. Plenarsitzung vom 17. Juni 1920.

Die verfassunggebende Versammlung für die Freie Stadt Danzig trat gestern um 1 Uhr nachmittag zur ersten Plenarsitzung zusammen.

Der Präsident Generalsuperintendent D. Reinhardt gab nach Eröffnung der Sitzung bekannt, daß ein sozialdemokratischer Antrag vom Oberkommissar Lower Erlaß einer Amnestie fordert.

Der Präsident D. Reinhardt verlas dann ein Schreiben Sir Reginald Lower's, worin im Interesse Danzigs die größte Beschleunigung bei Schaffung des Danzig-polnischen Vertrages gewünscht wird.

Ein Antrag des Abg. Rothkei (Deutschnatl.) forderte zur Beratung dieser Fragen einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten von 21 Mitgliedern.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gerichtet überaus merkwürdige Erklärung ab. Man verstand nicht recht, ob er bedauerte, daß Danzig noch nicht polnisch sei oder ob er bloß beschränkte, daß dieser Ausschuss Danzig einen zu souveränen Charakter geben wird.

Dann betraten nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen die Redner der einzelnen Parteien die Rednertribüne zur Besprechung der Verordnung des Oberkommissars vom 31. Mai.

Gegen 1/4 Uhr vertagte sich die Versammlung, um den Parteien Gelegenheit zur Besprechung der eingegangenen Anträge zu geben.

Weiter wurde die demokratische Besetzung der Stellen des Staatsrats nach dem Ergebnis der Volksstimmwahl verlangt.

Abg. Rahm (Unabh.) behauptete, daß Danzig nicht mehr Bestandteil des deutschen Reiches ist. Er erhob Angriffe gegen den Staatsrat und wandte sich in der bekannten Art gegen dessen Vorstehenden, Oberbürgermeister Sahn.

Abg. Weich (Zentr.) war mit der Besetzung und den Maßnahmen des Staatsrates ebenfalls nicht einverstanden.

Abg. Dr. Müller (Sozialdem.) ging besonders eingehend auf die staatsrechtlichen Grundlagen der Freie Stadt Danzig ein.

Eingig der Abg. Numund (Fr. W. A.) lobte die Tätigkeit des Staatsrates, wünschte jedoch, daß er nunmehr Verordnungen nur mit Zustimmung des Volkstages erläßt.

Abg. Dr. Loehring (Deutschdem.) machte juristische Ausführungen zum Friedensvertrage und beschäftigte sich ebenfalls kritisch mit der Staatsratsverordnung vom 31. Mai.

Abg. Bangowski (Pole) erklärte, daß der Friedensvertrag mehr einen Oberkommissar noch einen Staatsrat erwähnt.

Gegen 1/4 Uhr vertagte sich die Versammlung, um den Parteien Gelegenheit zur Besprechung der eingegangenen Anträge zu geben.

In die Geschäftsordnungscommissionen werden nach den Vorschlägen der Fraktionen gewählt: Sozialdemokraten: Brill, Reel, Leu; Deutschnationalen: Dörfler, Grand, Katow, Wäcker, Matyschewicz; Unabhängigen: Garnecki, Fischer, Hartmann; Zentrum: Schümmer, Weich; Freie Wirtschaftliche Vereinigung: Bro-

Rademoff, Frau Fr. Stremme, Demokraten: Schumjan, Palzer, Budzinski. Vorsitzender der Kommission ist Matyschewicz (Deutschnational) und ihr Berichterstatter Schumjan (Zentrum).

Nachher geben wir die Diskussionen von Abg. Müller (Soz.) im stenographischen Wortlaut.

Meine Damen und Herren! Es ist bereits gesprochen worden über die Bildung des Staatsrats und seine rechtlichen Grundlagen.

Rum ist die Frage erörtert worden, daß das Generalkommando für uns besser geeignet wäre.

Sozialdemokratische Amnestie

Die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages hat folgenden Antrag, den sie überhaupt an unsere verfassunggebende Versammlung richtete, gestellt:

Die Verfassunggebende Versammlung für die Freie Stadt Danzig beschließt, den Herrn Oberkommissar zu ersuchen, er wolle aus Anlaß ihres Zusammentretens eine Amnestie folgenden Inhalts erlassen:

§ 1. Alle Untersuchungen wegen der vor dem 14. Juni 1920 begangenen politischen Verbrechen und Vergehen sowie wegen solcher vor dem 14. Juni 1920 begangenen sonstigen

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

49)

(Fortsetzung.)

Eines Morgens sah man denn die schwarze Bahre vor dem Hause mit den grünen Fensterläden, das darüber woglich, um sein rosiges Aussehen zu rechtfertigen.

Wahrte sie der Lote hören von den Brettern und dem schwarzen Geflotter darum, er hätte dem Bruder noch mehr zu vergeihen.

er tollends dem Bruder in das Herz sehen, aus dem sein Lob allen Stolz vermischt, das sich Vornahme macht, weil es einen Besten ist.

Das letzte Wort der Stadträte war verhallen, die letzte Scholle auf Fritz Rettenmars' Sarg gefallen.

bauer bescheinigt und der vergesslichen Nachwelt mit Weisheitsreden eingeschärft worden.

Der alte Herr war überzeugt, hätte er das Regiment behalten, es wäre alles anders gekommen.



# Ämliche Bekanntmachungen.

## Abgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 19. Juni und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

- Am Sonnabend, den 19. Juni: Auf Reichsfleischharte Abschnitt B: 125 Gramm frisches ausländisches Schweinefleisch u. Wurst. (Kinderarten halbe Menge). Die Preise betragen für: Schweinefleisch 10.- Mark für 1 Pfund Fleischwurst 8.- Leberwurst 7.- Blutwurst 5.-

Die Bororte Neufahrwasser, Bröjen, Laurental, Weichselmünde, St. Albrecht sowie Ohra, Emaus, Brentau und Bürgerwiesen erhalten: 125 Gramm frisches Rindfleisch und Wurst (Kinderarten halbe Menge).

- Die Preise betragen für:
- |  |      |                 |
|--|------|-----------------|
| Rindfleisch: Keule, Rückenstück, Schulterstück | 9.-  | Mk. für 1 Pfund |
| Brust, Spannrippe                              | 8.40 | für 1           |
| Bauch, Hals, Hesse                             | 8.-  | für 1           |
| Kalbsteck: Keule, Rücken, Schulter, Brust      | 8.-  | für 1           |
| Hals, Lappen, Hesse                            | 7.40 | für 1           |

Außerdem werden ausgegeben für Danzig in 5 sämtliche Bororte:

- 125 Gramm ausländisches gepökeltes Rindfleisch zum Preise von 8.- Mk. für 1 Pfund.
- Von Montag, den 21. Juni: Auf die Speisefettkarte: 125 Gramm Butter zum Preise von 10.- Mk. für das Pfd. auf die Marke 6.

Die Butterhändler erhalten die Bezugsscheine für Butter am Sonnabend, den 19. Juni in der Zeit von 8<sup>1/2</sup> bis 12<sup>1/2</sup> Uhr in der Molkereiabteilung, Löpfergasse 39.

## 3. Von Dienstag, den 22. Juni: Auf die Lebensmittelkarte:

- 125 Gramm Haferflocken zum Preise von 1.80 für das Pfund: Marke 21 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene, sowie Marke 37 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden.
- 250 Gramm Haferflocken: Kinderkarte Marke 43 A in Danzig und Marke 44 A in den Nachbargemeinden.
- 375 Gramm geschälte Erbsen zum Preise von 2.60 für das Pfd., oder ungeschälte Erbsen zum Preise von 2.40 für das Pfd., je nach Vorrat: Marken 22 und 44 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder sowie Marken 38 und 45 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.
- 500 Gramm Marmelade zum Preise von 2.- Mk. für das Pfund: Marken 23 und 45 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 39 und 46 der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden. -- Die Marmelade ist in der üblichen Weise zu beziehen. Die Einreichung der eingenommenen Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 17. Juni 1920.  
Der Magistrat. (1619)

**Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.**  
Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 182 ausgegeben.  
Danzig, den 17. Juni 1920.  
Der Magistrat. (1618)

## Bekanntmachung über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes im Gebiete der Freien Stadt Danzig.

Auf Grund der Verordnung vom 9. April 1920 über die Erziehung eines Reichs- und Landes- Brennstoffversorgungsausschusses Danzig, sowie auf Grund der Paragrafen 1, 2 und 6 der deutschen Bundesratsverordnung über Regelung des Verkehrs mit Kohlen vom 24. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt 187) und der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung im deutschen Reich vom 28. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt 193), der Verordnung über Auskunftsspflicht vom 12. Juli 1917 (Reichsgesetzblatt 105), sowie der §§ 12, 13, 14 und 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 über Erziehung von Preisprüfungsstellen, sowie der späteren Änderungen und die Versorgungsregelung (Reichsgesetzblatt 607 ff. und 728 ff.) wird bestimmt:

### A. Allgemeines.

§ 1.  
Brennstoffe im Sinne dieser Bekanntmachung sind: Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts aller Art, Braunkohlen, Preßsteine, Braunkohlenbriketts und Koks jeder Art, einschließlich der geringen Sorten wie z. B. Schlämmschichten, Koksgrus.

Die einzelnen Bestimmungen dieser Bekanntmachung beziehen sich grundsätzlich auf Braunkohle, die aus dem deutschen Reich in das Gebiet der Freien Stadt Danzig eingeführt werden.

Auf eingeführte Brennstoffe aus anderen Herkunftsebenen als dem deutschen Reich finden diese Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

### § 2.

- Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: 1. Der gesamte Hausbrand einschließlich des Bedarfs der Behörden und Anstalten, 2. der Bedarf der Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, 3. der Bedarf der Gewerbebetriebe, die monatlich weniger als 10 Tonnen (eine Tonne = 1000 Kilogr.) verbrauchen oder die nach den vom Reichs- und Brennstoffamt erlassenen Bekanntmachungen betr. die Reizepflicht für gewerbliche Verbraucher ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauches nicht zu den meldepflichtigen gewerblichen Verbrauchern gehören (Schlachthöfe, Gastwirtschaften, Badeanstalten, Warenhäuser, Sabingeschäfte, Kranenwärter, Straßenthallen und ähnliche Betriebe, ferner Bäckereien und Schlächtereien, soweit sie dem Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen).
- Zweifel darüber, ob ein Betrieb als meldepflichtiger, gewerblicher Betrieb anzusehen ist, entscheidet das Reichs- und Brennstoffamt.
- „Hausbrand“ im Sinne dieser Bekanntmachung ist der gesamte in Absatz 1 unter Nr. 1-3 bezeichnete Brennstoffbedarf.

Die Abgabe von Brennstoffen, die als Hausbrandlieferung bezogen sind, und ihr Verbrauch gemäß §§ 29 und 30 zu anderen Zwecken, als im § 2 Absatz 1 unter Nr. 1-3 angegeben, ist verboten. Abweichungen können nur durch das Reichs- und Brennstoffamt bestimmt werden.

Es werden folgende Versorgungsbezirke gebildet:  
1. Danzig, 2. Zoppot, 3. Oliva, 4. Ohra & Liegenhof, 5. Reichlich, 7. Danziger Nebenung, 8. Danziger Höhe, 9. Großer Werder.

§ 3.  
Händler im Sinne dieser Verordnung ist jeder, der gewerbmäßig Kohlen an Einzelverwahrer oder Verbraucher abgibt. Neue Kohlenhandelsbetriebe dürfen nur mit Genehmigung des Reichs- und Brennstoffamtes eröffnet werden. Als Händler gelten auch Vereinigungen von Verbrauchern, die sich mit dem Vertrieb von Hausbrandkohlen befassen, z. B. Konsumvereine und Rep. Genossenschaften.

### § 4.

„Hauptlieferer“ im Sinne dieser Bekanntmachung ist das im Deutschen Reich gelegene Lieferende Werk (Grube, Kohlenwerk, Preßfabrik) oder, wenn es einem Dritten (Verkaufsstelle oder Handelsfirma) den Alleinbetrieb seiner Produktion überlassen hat, dieser Dritte, soweit die Lieferung deutscher Kohlen in Frage kommt. Beim Bezug von Brennstoffen aus anderen Herkunftsebenen als dem Deutschen Reich ist als Hauptlieferer der ursprüngliche Empfänger der Brennstoffe im freistaatlichen Gebiet zu betrachten.

### B. Oberverteilung.

#### § 7.

I. Das Reichs- und Brennstoffamt als Organ des Reichs- und Brennstoffversorgungsausschusses für die Freie Stadt Danzig steht für jeden Versorgungsbezirk fest, bis zu welcher Höhe innerhalb eines Versorgungszeitraumes der Bezug von Hausbrand geklärt ist.  
II. Ein Rechtsanspruch auf Lieferung der vom Reichs- und Brennstoffamt festgesetzten Menge besteht nicht.

§ 8.  
I. Das Reichs- und Brennstoffamt überweist den Versorgungsbezirken in Höhe der für sie festgesetzten Zuteilung Bezugsscheine.  
II. Die Bezugsscheine lauten auf je einen Eisenbahnwagen oder auf größere Mengen. Eine Eisenbahnwagenladung wird mit durchschnittlich 15 t angenommen; Abweichungen nach oben oder unten bleiben zum Zweck des Ausgleichs außer Betracht.

### § 9.

I. Das Reichs- und Brennstoffamt behält sich vor, die Bezugsscheine nicht mit einem Mal, sondern in Teilmengen zuzuführen und die Bezugsscheine der verschiedenen Teilmengen durch verschiedene Farben zu kennzeichnen.

### C. Bezugsregelung.

#### § 10.

I. Hausbrandkohle darf nur auf Grund von Bezugsscheinen bezogen und geliefert werden.  
II. Die Belieferung der Scheine erfolgt aus den Grubengebieten des Deutschen Reichs in der Reihenfolge der Ausgabe der einzelnen Scheinreihen. Bei Bezügen aus anderen Herkunftsebenen als dem Deutschen Reich werden die zur Verwendung kommenden Scheinreihen durch das Reichs- und Brennstoffamt jedesmal besonders bestimmt.  
III. Das Wirtschaftsjahr im Sinne dieser Verordnung rechnet vom 1. Mai dieses Jahres bis zum 30. 4. des nächsten Jahres.

§ 11.  
Die Versorgungsbezirke haben die Bezugsscheine mit ihrem Stempel zu versehen und an diejenigen Händler und unmittelbaren Bezahler auszuhändigen, welche Hausbrandkohle in den Bezirk einführen.

### § 12.

I. Die Bezahler haben die Bezugsscheine mit der Bestellung an ihre Lieferer weiterzugeben, die Lieferer an ihre Vorlieferer bis zu dem Hauptlieferer (§ 6). In der Bestellung ist anzugeben, für welchen Versorgungsbezirk die Hausbrandkohle bestimmt ist.  
II. Die Hauptlieferer innerhalb des Freistaatsgebietes haben die Bezugsscheine zu entwerten und geordnet aufzubewahren, nachdem der Kontrollabschnitt mit dem Belieferungsbeleg abgetrennt und an das Reichs- und Brennstoffamt der Freien Stadt Danzig abgegeben worden ist. Es sind Einrichtungen zu treffen, die eine Nachprüfung der Belieferung der Bezugsscheine ermöglichen.  
III. Werden von einem Besteller Hausbrandkohlen für Verbraucher verschiedener Versorgungsbezirke bestellt, so hat er die Bestellungen-Bezugscheine jedes Versorgungsgebietes aber die für den einzelnen Bezirk bestimmten Mengen beizufügen.

### § 13.

Jeder Lieferer ist verpflichtet, Bezugsscheine, die er bei seinem Vorlieferer nicht unterbringen kann, schleunigst an den Versorgungsbezirk zurückzugeben. Der Versorgungsbezirk hat solche Bezugsscheine an das Reichs- und Brennstoffamt einzuliefern, damit von dort aus die Belieferung veranlaßt wird.

### § 14.

In dem Auftrage an die Stelle, welche die Verladung besorgen soll, muß bei jeder Bestellung angegeben werden, für welchen Versorgungsbezirk die Lieferung bestimmt ist. Im Falle des § 12 Abs. III hat der Auftrag gesondert für jeden Versorgungsbezirk zu lauten, z. B.:  
Händler H für Stadt Danzig . . . . . 60 t  
Händler H für Kreis Danziger Höhe . . . . . 40 t

### § 15.

I. Der Hausbrandlieferung verpflichtet ist verpflichtet, 1. den Frachtbrief oder das Schiffsapaper mit der Aufschrift (Aufdruck):  
„Hausbrand für . . . . . zu versehen und die Bezeichnung des Versorgungsgebietes einzurücken, z. B.:  
Hausbrand für Danziger Höhe“  
2. dem Versorgungsbezirk für den die Sendung bestimmt ist, von der Absendung Nachricht zu geben und dabei den Empfängern Menge und Art des Brennstoffes und bei Seefahrtsreisen die Nummer des Eisenbahnwagens, bei Schiffen die Bezeichnung des Schiffes anzugeben.  
II. Bei Schiffsladungen, die teils Hausbrandlieferungen, teils Lieferungen für gewerbliche Verbraucher enthalten, ist in den Schiffsapapieren anzugeben, in welchen Mengen und für welche Versorgungsbezirke Hausbrandlieferungen in der Ladung enthalten sind.  
III. Wird die Schiffsladung in Eisenbahnwagen umgeschlagen, so sind die Frachtbriele über Hausbrandlieferungen von demjenigen, der das Umschlagen besorgt, mit der im Absatz I angegebenen Aufschrift (Aufdruck) zu versehen.

### § 16.

Händler und Verbraucher haben hinsichtlich des Nachweis über die ausgeführten Lieferungen und die Sendungen von Hausbrand zu führen.

### § 17.

I. Der Empfänger des Frachtbrieles oder Schiffsapapieres hat dem Versorgungsbezirk sofort nach Ankunft einer Hausbrandlieferung Anzeige von dem Eingange unter Angabe von Menge und Sorte zu machen.  
II. Im Falle des § 15 Abs. 2 (Umschlag) hat der Empfänger des Eisenbahnfrachtbrieles die erforderliche Anzeige zu erstatten.

### § 18.

Die Empfänger von Brennstoffen aus anderen Ursprungsgebieten als dem Deutschen Reich haben dem Reichs- und Brennstoffamt Anzeige zu erstatten.

§ 19.  
§ 20.  
§ 21.  
§ 22.  
§ 23.  
§ 24.  
§ 25.  
§ 26.  
§ 27.

I. Die Versorgungsbezirke haben darüber zu wachen, welche Hausbrandlieferungen zum Verbrauch innerhalb ihres Bezirkes durch unmittelbar beziehende Verbraucher oder durch Händler eingeführt werden.

II. Sie haben Nachforschungen zu führen, aus welchem Bezirk III:  
1. die Höhe der Zuteilung durch das Reichs- und Brennstoffamt,  
2. an wen und für welche Mengen Bezugsscheine abgegeben worden sind,  
3. welche Mengen Hausbrandkohle nach Art (§ 1) und Herkunftsebenen des Deutschen Reichs getrennt in dem Versorgungsgebiet eingegangen sind.

III. Sie haben dem Reichs- und Brennstoffamt nach seiner näheren Bestimmung auf den von ihm herausgegebenen Nachtruden unmonatlich Berichte über die Hausbrandlieferungen zu erstatten.

I. Verbraucher, Händler und ämliche Stellen sind verpflichtet, den Beauftragten des Reichs- und Brennstoffamtes auf Verlangen über den von dieser Bekanntmachung betroffenen Brennstoffverkehr Auskunft zu geben, Gedächtnisprotokolle, Notizen und sonstige Schriftstücke vorzulegen und Brennstoffbestände vorzuweisen.

II. Die Beauftragten des Reichs- und Brennstoffamtes sind zur Verschwiegenheit gemäß § 4 der Verordnung des Bundesrats über Auskunftsverbindlichkeit vom 12. Juli 1917 (R. G. Bl. S. 604) verpflichtet.  
D. Lieferungen eines Plaphändlers in mehreren Versorgungsbezirken.

I. Plaphändler eines Versorgungsgebietes dürfen die Verbraucher eines anderen Versorgungsgebietes nur dann mit Hausbrand beliefern, wenn ihnen von dem anderen Versorgungsbezirk Bezugsscheine über Hausbrandlieferungen ausgeteilt worden sind, (§. § 12 Abs. III).

II. Es ist nicht erforderlich, daß der Händler die Eingänge für die einzelnen Versorgungsbezirke auf getrennte Lager nehmen. Jedoch haben sie die einzelnen Versorgungsbezirke so zu beliefern, wie es dem Verhältnis der Eingänge für die einzelnen Bezirke entspricht. Abweichende Vereinbarungen der beteiligten Versorgungsbezirke sind für die Händler maßgebend.

Plaphändler, welche von mehreren Versorgungsbezirken Bezugsscheine erhalten haben, haben durch ihre Buchführung ersichtlich zu machen.

- für welche Versorgungsbezirke und in welcher Höhe ihnen Bezugsscheine von den verschiedenen Versorgungsbezirken ausgeteilt sind,
- wann und welchem Vorlieferer sie die Bezugsscheine weitergegeben haben,
- welche Mengen nach den Frachtbriefenmerkern für die einzelnen Versorgungsbezirke eingegangen sind,
- welche Mengen in die einzelnen Versorgungsbezirke abgegeben worden sind.

I. Plaphändler, die in mehreren Versorgungsbezirken liefern, müssen auf Grund der Frachtbriefenmerkmale (§ 15 Absatz I) dem Versorgungsbezirk, in dem sie ihren Sitz haben, jeden Eingang von Hausbrandlieferungen melden. Sie müssen ferner diejenigen Hausbrandlieferungen, die für die Verbraucher anderer Versorgungsbezirke bestimmt sind, diesen Versorgungsbezirken melden.  
II. Die Frachtbriele über Hausbrandlieferungen sind nach Versorgungsbezirken gesondert aufzubewahren.

§ 24.  
Plaphändler, die die Verbraucher mehrerer Versorgungsbezirke beliefern, müssen das nach § 23 zu führende Buch und die Frachtbriele den beteiligten Versorgungsbezirken oder den vor diesen mit Ausweis versehenen Personen auf Verlangen vorzeigen.

§ 25.  
Wenn Plaphändler an Verbraucher mehrerer Versorgungsbezirke liefern, so sind die beteiligten Versorgungsbezirke bezüglich dieser Händler zur gegenseitigen Austauschprüfung über den von dieser Bekanntmachung betroffenen Brennstoffverkehr verpflichtet. Im Streitfälle entscheidet das Reichs- und Brennstoffamt.

§ 26.  
I. Gaststote fällt, auch wenn er fuhrweise oder in noch kleineren Mengen für Hausbrandzwecke abgegeben wird, unter die von dem Reichs- und Brennstoffamt festgesetzte Zusammensetzung. Der Versorgungsbezirk, für welchen der Gaststote abgegeben wird, hat der Gaststote Bezugsscheine in der Menge auszugeben, als Koks zum Verbrauch innerhalb des Versorgungsgebietes für Hausbrandzwecke abgesetzt wird. Die Gaststote darf in einem Versorgungsbezirk nur so viel Koks abgeben, als durch Bezugsscheine dieses Versorgungsgebietes gedeckt ist.  
II. Aus eigener d. h. innerhalb des Versorgungsgebietes gelegenen Gaststalten, darf Gaststote für Hausbrandzwecke ohne Grubenbezugsscheine bezogen werden. Dieser Gaststote kommt aber auf das Kontingent in Anrechnung.

§ 27.  
I. Die Versorgungsbezirke haben Grundsätze für die Unterverteilung der Hausbrandkohle an die Verbraucher festzusetzen. Diese Grundsätze bedürfen der Genehmigung des Reichs- und Brennstoffamtes. Bestehende Grundsätze behalten ihre Gültigkeit, soweit sie nicht im Widerspruch zu diesen Bestimmungen stehen.  
II. Dem Reichs- und Brennstoffamt bleibt vorbehalten, dort, wo keine oder ungenügende Grundsätze aufgestellt sind, Anordnungen zu treffen.

§ 28.  
I. Die Plaphändler sind auf Verlangen des Reichs- und Brennstoffamtes verpflichtet, die bei ihnen lagernden und für die eingehenden Hausbrandlieferungen zur Verfügung des Versorgungsgebietes zu halten, sie an von ihm bestimmte Personen und Stellen zu überlassen und die zur Übergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Dies gilt nicht von Hausbrandkohlen, die im Durchgangsverkehr auf Bahnhöfen und Umschlagplätzen eingehen oder lagern.  
II. Bei solchen Plaphändlern, welche für Verbraucher verschiedener Versorgungsbezirke beliefern, läßt der Versorgungsbezirk, in dem das Lager des Händlers liegt, die Befugnisse gemäß Abs. I an den Er hat Ersuchen der anderen beteiligten Bezirke in demselben Verhältnis zu entsprechen, in welchem der Händler für den betreffenden Bezirk Hausbrandkohlen empfangen hat. Im Streitfälle entscheidet das Reichs- und Brennstoffamt.

§ 29.  
Das Reichs- und Brennstoffamt hat das Recht, zur Beschaffung aller im Gebiet der Freien Stadt Danzig befindlichen Brennstoffe. Das gleiche Recht hat jeder Versorgungsbezirk für die in seinem Bezirk befindlichen und ihm zur Bewirtschaftung überwiehrenden Brennstoffe.

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

Verbraucher welche Gaslieferanten über die von dem Ver...

zeichnung, z. B. Oberkieseln, Ruhrgebiet usw.) und Sorten...

Transportart der im vorigen Monat bezogenen Mengen...

Bestand am Anfang des Vormonats...

Zufuhr im Vormonat...

Bestand zu Beginn des laufenden Monats...

Verbrauch im Vormonat...

Bedarf für den laufenden Monat...

Vorausichtlicher Bedarf für den folgenden Monat...

Die Transportart ist in Spalte 5 zu melden...

durch Fahrwerk vom Plaghändler oder dem Aus...

mit der Volkbahn ab Seebe: „Seebe Bahn“...

mit der Kleinbahn oder Straßenbahn: „Kleinbahn“...

mit der Volkbahn ab Schiff: „Himslag“...

mit dem Schiff, bezw. Schiff und Kleinbahn: „Schiff“...

Erfolgt die Lieferung auf verschiedenen Transportarten...

Als Monatsbedarf (Spalte 10 der Meldekarte) ist...

menge anzugeben, gleichgültig, ob diese aus dem etwa...

Errechnung, sondern nach tatsächlicher Feststellung...

Ausfallslieferungen...

Wenn Brennstoff z. B. im Januar von einem Lieferer...

Wenn ein Verbraucher im Vormonat aus Bestand oder...

Der Empfänger oder Rückempfänger, der in § 4a 2...

Meldestellen...

Die Meldungen sind dem Leucht- und Brennstoffamt der...

Nachprüfung der Angaben...

Der Meldepflichtige hat fortlaufend über Zufuhr und...

Art der Meldung...

Die Meldungen, die mit deutscher rechtsverbindlicher...

Ausnahmebestimmungen (Ausfallslieferung)...

Anfragen und Anträge...

Verwendung von gewerblichen Kohlen für andere Zwecke...

Verbraucher, die nicht der Meldepflicht unterliegen...

Wirktungen unterlassener Meldungen...

§ 193) mit Besägnis bis zu einem Jahr und mit Geld...

Die Bekannmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung...

Danzig, den 18. Juni 1920.

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Bekannmachung über die Versorgung der Schifffahrt...

Auf Grund der Verordnung vom 9. April 1920 über die...

Bunterkohle darf im Gebiete der Freien Stadt Danzig nur...

Reeder oder Schiffsmalter von Seeschiffen, die die zoll...

Die Besizer von Fluss- und Buglierdampfern haben zum...

Händler, die Bunterkohlen zugewiesen erhalten haben...

Das Leucht- und Brennstoffamt hat das Recht zur Be...

Bekannmachung und gegen die Vorschriften, welche von...

Diese Bekannmachung tritt, soweit sich aus ihr nicht ein...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

Der Leucht- und Brennstofflieferungsverband für die...

# Danziger Nachrichten.

## Zur Lohnbewegung in den ehemaligen Staatsbetrieben.

Die am 15. Juni vertagten Verhandlungen mit dem Metallindustriellen-Verbande, wurden am 16. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, unter Leitung des Geschäftsführers des Verbandes der Danziger Werften, Herrn W. Klammer, fortgesetzt und währten etwa 3/4 Stunden. Herr Klammer erklärte im Auftrag der Werftleitung, daß die Forderungen der Schiffszimmerleute, 5.50 Mark pro Tag, keine Verhandlungsgrundlage bieten weil eine unterschiedliche Behandlung der Werftarbeiter hinsichtlich der Lohnhöhe unmöglich sei. Die Forderungen auf der Grundlage von 4.50 Mark seien aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich.

Auf die Frage der Arbeitervertreter, welche Verhandlungsgrundlage die Werftleitung dann für diskutabel und möglich hält und ob K. sagen könne, welche Lohnaufbesserungen die Werftleitung nach ihrer Auffassung machen könne, erhielten sie keine Antwort! Auf die weitere Frage, ob die Werftleitung jede Lohnhöhung ablehne, erwiderte K., daß wenn die Arbeiter ohne eigene Vorschläge die Frage der Lohnhöhungen für einzelne Arbeiter und Gruppen besprechen wollten, er hierüber bereit sei in Verhandlung zu treten.

Hierauf wurden die Verhandlungen geschlossen. Die Vertrauensleute aller beteiligten Gewerkschaften nahmen am Sonnabend, den 19. Juni, vormittags 7 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Hindergasse 16, großer Saal zu dieser Sachlage Stellung. Jeder Vertrauensmann kann zur Vermittlung des Mittelstbüros und Ausweiskarte Zutritt erhalten. Vollzähliger Besuch ist unbedingt notwendig.

Die Danziger Werft hat heute früh durch Anschlag erklärt, daß sie den Betrieb wegen des Streiks der Schiffszimmerer nicht normal fortführen könne. Deshalb wurde die gesamte Arbeiterschaft zunächst auf acht Tage beurlaubt!

## Die Eisenbahner zur Befolungsfrage.

Der deutsche Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Danzig hatte zu Sonntag eine öffentliche Eisenbahnerversammlung einberufen. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Vortragsabgeordneter Kollege Bohn schilderte in einem 1 1/2 stündigen Vortrage die Entwicklung und die Stellung des deutschen Eisenbahner-Verbandes vor und nach der Revolution. Er wies nach, daß trotzdem die Eisenbahnverwaltung und nicht zuletzt die Christen und kirchlich-Dunkel-schwarzen Eisenbahnergewerkschaften dem D. E. V. die größten Schwierigkeiten bereiteten dies alles den gewaltigen Aufstieg der Organisation nicht ausschalten konnte. Der D. E. V. steht heute an der Spitze aller Eisenbahnerorganisationen und wird nach wie vor alles daran setzen, um den Eisenbahnern, Arbeitern und Hilfsbeamten ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Redner schilderte ferner wie auch der Gewerkschaftsbund unter dem schönen Namen „Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten“ die Hilfsbeamten unter allerlei Versprechungen zu sich herüber gezogen und sie bei jeder Gelegenheit im Stich gelassen habe. So auch in Sachen der Befolungszulage. Da fand es jene Gewerkschaft nicht für notwendig auch nur mit einem Worte die Hilfsbeamten zu erwähnen. Wieder ein Beweis dafür, das ihnen an einer Vertretung der gesamten Beamtenschaft nichts gelegen ist. Unter stürmischem Beifall schloß der Referent seine Ausführungen, die darin gipfelten, daß nur der D. E. V. die einzige Interessenvertretung für die gesamte Eisenbahnerschaft sein kann. In der Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten ergänzt. Trotz wiederholter Aufforderung durch den Versammlungsleiter Schulz hatte niemand der anwesenden Gegner den Mut, den Ausführungen des Referenten zu widersprechen. Sie ziehen es vor aus dem Hinterhalte ihre vergifteten Pfeile auf die freien Gewerkschaften abzuschleßen. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die am 13. Juni starkbesuchte Eisenbahnerversammlung fordert den Vorstand des D. E. V. auf sich unverzüglich an den Staatsrat zu wenden um die Befolungszulage, die den Beamten gezahlt worden ist, auch für alle Arbeiter zu erwirken. Es ist den Arbeitern und Hilfsbeamten unverständlich, daß man in dieser Hinsicht mit zweierlei Maß zu messen beabsichtigt, zumal laut ministerieller Verfügung auch den Arbeitern dieselbe zu zahlen ist wie den Beamten. Die Versammlung erwartet, daß der Staatsrat dieser gerechten Forderung entgegenkommen wird.“

## Den neuen Tarif der Dienstmänner.

Den das Polizeipräsidium am 6. Juni veröffentlicht hat, lehnen die Dienstmänner ab. Sie verlangen höhere Sätze und haben entsprechende Anträge an das Polizeipräsidium gerichtet. Polizeipräsident Frängel hat auch Verhandlungen über diese Vorschläge zugelassen. Die Dienstmänner fordern: Für einen Botengang mit Bestellung (Brief oder Geld bis zu 25 Kilogramm) 2.50 bis 4 Mk. Bei Rückantworten ist ein Zuschlag von 1.50 bis 2.50 Mk. zu zahlen. Für Gepäckbeförderung über 25 Kilogramm bis 60 Kilogramm unter Benutzung eines Handwagens 4 bis 6 Mk., bei Gepäckstücken über 60 bis 100 Kilogramm 6 bis 8 Mk. Bei leichten Arbeiten wird für die erste halbe Stunde ein Lohn von 2.50 Mk. gefordert, für die ganze Stunde ein solcher von 4 Mk. Bei schweren Arbeiten

ist ein Stundenlohn von 5 bis 6 Mk. vorgesehen. Bei Benutzung eines Handwagens kostet die erste halbe Stunde 4 Mk., die Stunde 7.50 Mk. Bei jeder Bestellung hat der Dienstmann 5 Minuten zu warten, jede weiteren 10 Minuten kosten 50 Pf. Für eine zurückgewiesene Bestellung sind 8 Mk. zu entrichten oder 4 Mk., wenn ein Handwagen gebraucht worden ist. Für Arbeiten in der Zeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens sind die doppelten Gebühren zu entrichten.

Der polizeilich veröffentlichte Tarif vom 6. Juni behält seine Gültigkeit selbstverständlich so lange, bis eine Verständigung über diese Anträge erfolgt ist.

## Telegraphische Gerichte in Danzig.

Eine ganz hervorragende Einrichtung hat die hiesige Postverwaltung erlangt. Man kann in Danzig auch heute noch in der Nacht Depeschen aufgeben. Für eine moderne Großstadt mit regem internationalen Verkehr wirklich allerhand. Aber seit etwa 8 Tagen ist die Benutzung dieser Möglichkeit mit dem Zauber nächstlicher Romantik ausgestattet. Wer nach 10 Uhr zu dem Postamt in der Langgasse kommt, findet das Portal zwar erleuchtet, durch ein hohes schmiedeeisernes Gitter aber abgesperrt. Man läutet und es erscheint ein Postbeamter. „Telegraphieren?“ „Ja!“ „Haben Sie die Depesche?“ „Nein, will ich hier erst schreiben.“ „Müssen Sie mitbringen.“ „Ich habe kein Formular.“ Der Postbeamte ist bereit, ein Formular zu holen. Tinte, Feder, und Pult sind nicht. Es kommen andere Leute, die telegraphieren wollen. Dieselbe Prozedur. Man verschwindet mit dem Formular an irgend ein erleuchtetes glattes Schaufenster und schreibt dort die Depesche auf. Was macht man aber, wenn es regnet? Durch ein Gitter nimmt der Postbeamte die Depesche in Empfang. Auch das Geld. Durch das Gitter gibt er Wechselgeld zurück. Ist eine Anfrage an den Schalterbeamten zu richten, so überbringt der Postbeamte zuerst die Anfrage und dann die Antwort. — Sind das moderne Zustände, soll das so bleiben? Wenn es nötig ist nächstlicherwiese das Publikum vom Schaltervortraum fernzuhalten, lassen sich da nicht andere Einrichtungen treffen als diese? —

Der Einsender irrt leider sehr zu Gunsten dieser nächstlichen Telegraphen-Romantik, wenn er annimmt, daß sie erst seit etwa 8 Tagen Danzigs Selbsteinkommen bereichert. Mindestens schon seit vielen Monaten herrscht hier dieses bewährte System. Die Geduld der Zeitgenossen ist eben himmlisch!

## Das Abmähen von grünem Roggen streng verboten.

In letzter Zeit ist es, wie der Magistrat uns schreibt, vereinzelt vorgekommen, daß Besitzer von Grundstücken noch nicht ausgereiften Roggen abgemäht und veräußert haben. Nach den bestehenden Bestimmungen ist dieses streng verboten. Das Wirtschaftsamt wird gegen dieses, die Ernährung der Bevölkerung mit Brotgetreide im kommenden Wirtschaftsjahr schwer gefährdende Verhalten, mit aller Schärfe vorgehen. Neben strenger gerichtlicher Bestrafung haben sämtliche beteiligten Landwirte zu gewärtigen, daß ihnen das Recht der Selbstversorgung entzogen wird. Es muß deshalb nachdrücklich jeder gewarnt werden, auch nur im geringsten Umfange noch nicht ausgereiften Roggen zu mähen. Es wird, wenn festgestellt wird, daß grüner Roggen abgemäht ist, ohne Ausnahme unmissverständlich in jedem Falle dem Landwirt das Recht der Selbstversorgung entzogen und er auf Brotkarten für das folgende Jahr angewiesen werden.

Eingaben an die Behörde werden nicht selten, wie der Magistrat uns mitteilt, mit den persönlichen Aufschriften der Deponenten versehen. Dadurch wird die Erledigung der Angelegenheit im Falle von Beurlaubungen oder Abwesenheit auf Verreisen oft unlesbar verzögert. Es wird daran erinnert, daß alle Schreiben an Behörden mit der Anschrift der Behörde selbst, nicht einer bestimmten Person — also an den Staatsrat, an den Magistrat, an das Wirtschaftsamt der Freien Stadt Danzig usw. — zu richten sind.

Frisches Gemüse aus Polen. Nach Artikel 4 des zwischen Danzig und Polen geschlossenen Abkommens über die Lebensmittelversorgung gestattete die polnische Regierung die freie Ausfuhr von frischem, der Zwangswirtschaft nicht unterliegendem Gemüse aus den angrenzenden Kreisen nach dem Danziger Gebiet. Die Ausfuhr wird nach besonderen von der polnischen Regierung zu erlassenden Bestimmungen über Zeit und Ort der Grenzübersteigerung sowie Art der Verpackung zugelassen. Interessenten wollen sich mit bestimmten Anträgen an das Danziger Wirtschaftsamt wenden.

Wiederaufbau der Schellmühlers Zündholzfabrik. Im Herbst vernichtete bekanntlich ein großer Brand das Hauptgebäude der Zukowskischen Zündholzfabrik in Danzig Schellmühl. Jetzt ist mit dem Wiederaufbau der Fabrik begonnen worden. Die stehengebliebenen Umfassungsmauern sind wenig beschädigt und gestatten nach erfolgter Verstärkung und weiterem Ausbau die vollständige Wiederaufnahme des Betriebes.

Langabend Mabeleine Trilby. Wir wollen nicht verfehlen, auf den am Sonnabend, den 19. Juni, stattfindenden Langabend der Schlafzängerin Mabeleine Trilby nochmals hinzuweisen. Die Tänzerin bringt ein umfangreiches interessantes Programm. Für die musikalische Begleitung ist das Künstlertrio Rothstein-Demolski-Schwab vom Kurhaus in Zoppot gewonnen, das sich auch solistisch betätigen wird. Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist eine große, so daß der Abend einen vollen Erfolg verspricht.

Küstentour des Kreuzfahrers im Hafen, Danzig. Der Kreuzer „Mercury“ hat sich am 16. Juni von Danzig nach Ostpreußen auf den Weg gemacht. Der Kreuzer „Mercury“ hat sich am 16. Juni von Danzig nach Ostpreußen auf den Weg gemacht. Der Kreuzer „Mercury“ hat sich am 16. Juni von Danzig nach Ostpreußen auf den Weg gemacht.

Abtransport demobilisierter Kollertuppen. Mittwoch ist der letzte amerikanische Dampfer „Mercury“, der frühere deutsche „Großer Kurfürst“ vom Norddeutschen Lloyd, von Rostock kommend, in den Hafen von Neufahrwasser eingelaufen. Der Dampfer soll die vorgelagerten in zwei Sonderzügen in Neufahrwasser eingetroffenen demobilisierten Kollertuppen nach Amerika zurückbringen.

Die dauernden Abtransporte von Teilen der früher als polnischer Rekrutengruppe gerühmten Kollertuppen gehen für den Zustand Polens auch genug zu denken.

Die Neueregung des Brennstoffbezuges betreffen mehrere amtliche Bekanntmachungen in dieser Nummer, die wir der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Abholung der Brot- und Mehllisten. Die Bäcker, Brot- und Mehlhändler haben die am Sonnabend und anfangs nächster Woche zur Ausgabe gelangenden Brot- und Mehllisten von der Nachbarschaftenliste, Pfefferstraße 33/35, abholen zu lassen, und zwar: die Bäcker, Brot- und Mehlhändler, deren Firmen die Anfangsbuchstaben A—R führen, am Freitag, den 18. Juni, und die, deren Firmen die Anfangsbuchstaben S—Z führen, am Sonnabend, den 19. Juni, in der Zeit von 7—8 Uhr.

## Vertikale Parteinachrichten.

Heute, abends 7 1/4 Uhr, in der Aula der Petrischule am Hanjaplatz:

Mitgliederversammlung der Frauen des sozialdemokratischen Vereins. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

5. Bezirk (Langfuhr). Am Sonnabend, den 19. Juni, abends 6 1/2 Uhr findet bei Krestin, Brunshöfer Weg 36, eine Bezirksversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Müller. 2. Verschiedenes. Der Besuch der Bezirksversammlung ist unbedingt erforderlich.

Polizeibericht vom 18. Juni 1920. Verhaftet: 5 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 4 in Polizeihaft, 1 wegen Verbrechen gegen § 217, 1 wegen Verbrechen gegen § 218. — Gefunden: 1 linker Damenschuh; 1 Arbeitsbluse, 1 Hofe, Mütze und Taschentuch, abzuholen aus dem Grundbüro des Polizeipräsidiums. 1 schwarzer Spazierstock mit gebogener silberner Krücke, abzuholen von Herrn Eugen Dietrich, Schüsseldamen 7, von 2 bis 3 Uhr nachmittags. 1 mattgoldene Halskette mit mattgoldener Medaillon, abzuholen von Frau Auguste Schlicht, Weichselstraße 10.

## Standesamt vom 18. Juni 1920.

Todesfälle: Frau Pauline Salewski geb. Lunatis, 41 J. — Frau Auguste Mielke geb. Ruchje, 78 J. 19 J. — S. H. Maschinenbauers Robert Riemann, 8 Tage. — Rentier Georg Bieler, 70 J. 8 M. — L. d. Expedienten Julius Cohn, 6 W. — Arbeiter Friedrich Kowalski, fast 48 J. — Frau Martha Rosemann geb. Rabow, 34 J. 5 M. —

## Aus Pommerellen.

### Das polnische Briefgeheimnis in Bromberg.

Die „Thorner Volksstimme“ berichtet am 12. Juni in ihrer Nr. 134:

Bydgoszcz. Wie das Briefgeheimnis gemacht wird. Vor noch nicht so langer Zeit hat der „Dziennik Bydgoski“ die von der Zentralkommission der Berufsverbände Warschau an den Bundesvorstand der freien Gewerkschaften gerichtete Einladung zum Gewerkschaftskongress in Warschau, die als Einschreibebrief gefaßt wurde, veröffentlicht. Das Schreiben ist somit statt an den Adressaten in die Redaktion des „Dziennik Bydgoski“ gewandert. Auf eine diesbezügliche Beschwerde ist bis heute keine Antwort gegeben worden. Wir sind in der Lage, einen weiteren Teil der Verletzung des Briefgeheimnisses zu veröffentlichen. Eine Sitzung zur Sitzung des Gewerkschaftskongresses, die an alle Delegierte versandt wurde, trägt den von einem Postboten gemachten Vermerk: Wollt Ihr Bydgoszcz unfrisch machen! Daß ich Euch nicht auf den Kopf komme, sonst kann es Euch schlecht ergehen. Den Bericht werde ich mir selbst anhören und lasse eine Kompanie ausmarschieren. Also, ich rate Ihnen Heber, gehen Sie nicht dorthin. Der Brief ist oben mit 70 Pf. Strafpfand belegt worden. Die übrigen girta 50 Einladungen sind ohne Strafpfand an die Adressaten gelangt. Das sind die Früchte der Hebe der polnischen Postämter, die in den Redaktionen von Oredomnik, Kurjer und nicht zuletzt im „Dziennik Bydgoski“ liegen. Das ist die moralische Erziehung.“

### Chefredakteur Adolf Bartel.

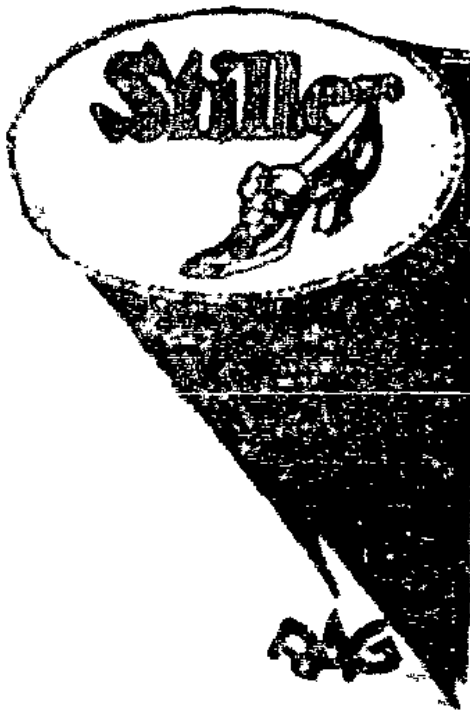
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel für den unpolitischen Tageteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Hoops, für die Inserate Bruno Gwertl sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. & Co., Danzig.

**Baltropa**  
Internationales Reise- und Verkehrs-Bureau.  
Der Dampfer „Grühgott“ unternimmt am Sonntag, d. 20. Juni eine **Bromenadenfahrt auf See.**  
Abfahrt von Danzig (Bogbank) 9 Uhr, Abfahrt von Zoppot 10.30 Uhr vormittags, Rückkehr nach Zoppot 4.30, ab Zoppot 5 Uhr, an Danzig 8 Uhr nachmittags. Fahrpreis ab Danzig bis an Danzig 30 Mark, ab Zoppot bis an Zoppot 20 Mark. Kinder halbe Fahrpreise.  
Fahrkarten im Stänen Tor.  
Der Dampfer fährt auch nachmittags 3 Uhr in Zoppot Passagiere zur Rückkehr nach Danzig auf. Lebenspreis 10 Mark. (1920)

**Kleine Anzeigen**  
In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich  
**Betriebskapital,** Darlehen bei kl. Zinszahl, Hypotheken auf ländl. Besitz, stets zu vergeben. P. Biedtke, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (1111)  
**Berren-Anzeige** preiswert zu verk. (1258) Milchmangasse 15, 1. (1111)

**„JUGEND“**  
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT FÜR KUNST UND LEBEN  
VERLAG DER „JUGEND“ MÜNCHEN

**„Frina“ Kaffee**  
schmeckt wie Bekömmlich, ergiebig, wieder zu haben in allen einschläg. Geschäften.  
**Nachtigal** Getreidekaffeeabrik DANZIG



Erstaunlich billige Preise

Gute Qualitäten  
Moderne Formen

# Neue Einkäufe

ermöglichen uns, solange Vorrat reicht, folgendes Angebot:

## Herrenstiefel:

- schwarz (Rahmenarbeit) ..... 188.—
- schwarz, hoch Bockalb u. Chevrass ..... 198.—
- braun, hoch Bockalb u. Chevrass ..... 278.—
- Lackbesatz ..... 288.—

## Damenstiefel:

- schwarz ..... 188.—
- schwarz, hoch Bockalb u. Chevrass (Hochschaff) ..... 210.— 240.—
- braun u. rotbraun Bockalb (Hochschaff) ..... 288.—
- Lackbesatz (Hochschaff) ..... 298.—

## Damenschuhe:

- Schnür- und Spangenschuhe, schwarz ..... 145.—
- Spangenschuhe, braun Chevrass ..... 180.—
- Lack-Schnür- und Spangenschuhe ..... 185.—
- Schnürschuhe, braun Chevrass ..... 180.—

# Stiller's Schuhwarenhaus

G. m.  
b. H.

Langgasse 67, Telefon Nr. 3054.

## Neues Operetten Theater

(früher Wilhelm-Theater)  
Direktor Sigmund Kunstadt.  
Freitag den 18. Juni 7 1/2 Uhr  
und folgende Tage

### Die Czardasfürstin

Operette in 3 Akten  
Musik von Emmerich Kálmán  
Kassationsnummer 67, Uhr  
Vorverkauf täglich von 10 bis 5 Uhr  
in der Theaterhandlung von Köpfen,  
Langgasse 21. — Sonntags von  
10 bis 1 Uhr in der Theaterkasse  
in Vertretung: Halbeshtadt, „Wo  
die Liebe singt“ (1164)  
in der Pufferstr. 1164

### Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Täglich Anfang 7 1/2 Uhr  
Das glänzende Juni-Programm.

## Zoppoter Stadttheater.

Freitag, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr:  
2. Gastspiel Albert Bassermann:  
„Der Raub der Sabinerinnen“  
Schwank in 4 Akten von Franz u. Paul von Scribe  
Sonnabend den 19. Juni, Geschlossen  
Sonntag, den 20. Juni, „Die Czardasfürstin“  
Montag, den 21. Juni, Drittes Gastspiel Albert  
Bassermann, „Obalot“ (1615)

### Eintrittskarten zu halben Preisen!

### Danziger Heimatdienst E. V.

Die Mitglieder des Vereins  
erhalten zu den Konzerten des  
Berliner Lehrer-Gesangvereins  
in der Marienkirche am Dienstag, den 22. d. Mis.  
um 6 Uhr abends und in Zoppot auf der  
offenen Waldhöhe am Mittwoch, den 23. d. Mis.  
um 5 1/2 Uhr abends **Eintrittskarten**  
für die Hälfte des Preises! Ausgabe der  
Karten nur Weibmönchhintergasse 12,  
Zimmer 17 täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags.  
Neuzutretende Mitglieder erhalten die gleiche  
Vergünstigung. (1614)  
Deutscher Volksrat und Heimatdienst Danzig  
(Danzig, Weibmönchhintergasse 12)

## Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2.

Heute 2 große  
Erstaufführungen!

Der ausgesprochene Frauenliebling

### Bruno Kastner

in (1613)

### „Allerseelen“

Drama in 4 Akten von K. Heick  
und der Wiener Kunstfilm

### Lumpaci-Vagabundus

Zauberposse in 5 Akten  
von Johann Nestroy.

## Gedania-Theater Schüsseldamm 53/55.

Nur 4 Tage! 2 Schlager!

### Der Dolch des Malaien

Das australische Abenteuer des Joe Deeba.  
in 4 Akten  
Joe Deeba — Carl Auen. (1620)

### Das Gasthaus von Chicago.

Aus dem Tagebuch des berühmten Detektivs  
Nic Carter in 5 Akten.  
Hauptdarsteller:  
Bruno Eichgrün — Grete Welzler.  
Beginn der letzten Vorstellung 8 1/2 Uhr.

## Trägerin für Langfuhr

lucht  
„Danziger Volksstimme“.

Zu melden in der Expedition Am Spendhaus 6  
oder Steinbeiß, Langfuhr, Mirkauer Weg 12, 1.

## Arbeiter-Jugend-Bund Danzig.

Sonnabend, den 19. Juni 1920  
in Plehnendorf

## Sonnenwend-Feier.

Festansprache  
Rezitationen  
(Schauinspiel: Hans Hansel)  
Reigentänze  
Lustiges Sonnenwendtreiben.

### Abbrennen des Johannistewers

Abends pünktlich 9 1/2 Uhr abends vom  
Langgasser Tor (1605)  
Freude und Ueberbäder mitbringen.

Jugendrevue! Agitiert heldig für dies  
Fest der Jugend.

## Odeon Eden Danzigswall Holzmarkt

Von Freitag bis Montag:

### Das grosse Programm! Die Nacht der Prüfung!

Tragödie in 5 Akten.  
Hauptrolle: Dagny Saerose.  
Ein besonders prächtiges Filmwerk

### Aus der Tiefe!

Großes Schauspiel in 5 Akten  
mit  
Ellen Richter — Theodor Loos

Wir machen auf dieses Programm  
empfehlend aufmerksam. (1622)

# Bernhard Künzel

## Bankgeschäft

DANZIG, Dominikswall 13

Fernsprecher 3562

## Sorgfältige Erledigung aller bankgeschäftlichen Aufträge

Konto-Korrent- und Scheckverkehr

An- und Verkauf von Wertpapieren

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren

Annahme von Bareinlagen

# Stammhaus: Bernhard Künzel

BERLIN W. 8.

Rathsfeld'sches Pulver,  
Stoffwechsel befördernd,  
des Blutreinigungsmittel  
bei Magen- u. Verdauungs-  
beschwerden, Flechten und  
Hautunreinlichkeit, Haut-  
jucken, Hämorrhoiden,  
Rheumatismus, Gicht.  
Schachtel Mk. 5.—  
Verfasser Grüne Apotheke,  
Erfurt 561. (6024)

## Volksfürsorge,

Bewerkschaftlich-Genossen-  
schaftliche Versicherungs-  
Kassengesellschaft  
Günstige Tarife für  
Erwachsene und Kinder.  
Kein Poltzenfall.  
— Sterbekasse. —  
Ankunft in den Bureaus  
der Arbeiterorganisationen  
und von der  
Schauspielstätte 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Wartenbuden 35.

## Gegen Trunksucht

ein gutes, wirksames Mittel,  
welches durch viele Dank-  
schreiben empfohlen ohne Miß-  
brauch des Trunkers gegeben werden  
kann, da geruch- und ge-  
schmacklos. Frei von schäd-  
lichen Bestandteilen. Verlangen  
Sie Prosp. Preis per Dose  
3.— Mk. Doppeldose 4.—  
Mk. durch das Generalkommissar  
Apotheker Franz, Berlin,  
aprobirt, Berlin 2 1/2.  
18066

## Makulatur

hat abzugeben  
Danziger Volksstimme  
Am Spendhaus 6.